

**Axel Vogel, Rede zur Eröffnung der Konferenz
„Soziale Dimensionen grüner Politik“ am 20. Oktober 2012 in Brandenburg an
der Havel**

– Es gilt das gesprochene Wort -

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Freundinnen und Freunde,

soziale Gerechtigkeit ist nicht ein Wert unter vielen, sondern Grundlage jeglicher grüner Politik. Soziale Gerechtigkeit ist integraler Bestandteil jeder Definition des Begriffs Nachhaltigkeit. Aber soziale Gerechtigkeit in all ihren Dimensionen als Verteilungsgerechtigkeit, Teilhabegerechtigkeit, Geschlechtergerechtigkeit, globaler Gerechtigkeit oder Generationengerechtigkeit ist nicht per se widerspruchsfrei. In einer Welt knapper Ressourcen kann dies auch gar nicht anders der Fall sein. Politik ist deshalb ständig gefordert der sozialen Dimension Rechnung zu tragen und zwar lokal wie global. Dabei geht es nicht allein um eine materielle Umverteilung zwischen Arm und Reich, auch wenn die sozialpolitische Diskussion auf diesen Punkt fokussiert wird. Wenn wir über die soziale Dimension grüner Politik reden, wenn wir uns dem Begriff der sozialen Gerechtigkeit aus grüner Sicht nähern wollen, geht es um viel mehr: Es geht um eine Gesellschaft, in der niemand ausgeschlossen oder zurückgelassen wird, eine Gesellschaft, die allen ein würdevolles Leben ermöglicht und in der Chancen und Anerkennung, Geld und Macht gerecht verteilt werden. Es geht um Emanzipation und Selbstbestimmung, es geht um Inklusion und um die Frage wie die öffentlichen Institutionen und Einrichtungen der Daseinsvorsorge von Kita und Schule bis hin zu Pflegeeinrichtungen nicht nur finanziell ausgestattet, sondern auch inhaltlich ausgestaltet sein müssen um all diesen Ansprüchen möglichst gerecht zu werden. Wir werden diese Fragen heute am Beispiel des Schulwesens diskutieren. Wir wissen, dass in keinem anderen Industrieland die Durchlässigkeit der Gesellschaft nach oben so niedrig ist, die gesellschaftlichen Aufstiegsmöglichkeiten so gering ausgeprägt sind wie im heutigen Deutschland, dass das Elternhaus heute eine viel entscheidendere Rolle spielt als

beispielsweise noch in der westdeutschen Nachkriegsgesellschaft. Wenn heute geschätzte 20 Prozent der SchülerInnen die Schule ohne ausreichende Kenntnisse in Lesen, Schreiben und Mathematik verlassen, wenn in Brandenburg mehr als jedes 10. Kind die Schule zudem ohne Schulabschluss, ohne attestierte Berufsbildungsreife verlässt, dann müssen wir auch von "Institutionenversagen" sprechen. Ein Ansatz diesem Versagen zu begegnen sind lokale Bildungslandschaften. Hierüber wird unsere bildungspolitische Sprecherin Marie Luise von Halem im Panel „Lernen: Allen Kindern alle Chancen – Bildung darf nicht von sozialer Herkunft abhängen“ gemeinsam mit Mario Tibusek von der Deutschen Kinder- und Jugendstiftung und Renate Wolter von den Bildungslandschaften Barnim mit Ihnen diskutieren.

Einen besonderen Schwerpunkt wird diese Konferenz auf die soziale Dimension des ökologischen Umbaus unserer Wirtschaft legen.

Die offizielle Arbeitslosigkeit in Brandenburg geht seit einigen Jahren zurück. Aber die entstehenden Jobs sind in hohem Maße prekär: Gebäudereinigung, Call-Center, Sicherheitsdienste und Leiharbeit sind die Hauptwachstumsfelder. Selbst der von der Landesregierung im Vergabegesetz festgesetzte Mindestlohn von 8 Euro bei Aufträgen der öffentlichen Hand liegt immer noch unter der Pfändungsfreigrenze. Um eine Rente oberhalb Grundsicherungsniveau zu erreichen müsste ein Stundenlohn von rund 15 Euro erreicht werden. Mindestlöhne in der aktuell diskutierten Höhe verhindern deswegen noch lange keine Altersarmut, aber sie sind ein wichtiger Schritt dahin von seiner Arbeit auch leben zu können. Wir Grünen haben uns immer angerechnet, dass durch den Ausbau der Erneuerbaren Energien und Umwelttechnologien neue Jobs auch im produzierenden Gewerbe entstehen und vorhandene Jobs wie beispielsweise in der Stahlindustrie auch abgesichert werden. Aber wie sieht es wirklich aus? Die Gewerkschaften äußern herbe Kritik an den neu entstandenen Arbeitsplätzen und verteidigen stattdessen im Schulterschluss mit Vorstand und Mitarbeitern von Vattenfall die Arbeitsplätze in der klimaschädlichen und umweltzerstörenden Braunkohleverstromung.

Ein Grund für uns dieses Thema im Panel „Arbeiten – Flexibel aber sicher – Arbeitsbedingungen sozial gerecht gestalten“ einmal näher zu beleuchten. Am Nachmittag

diskutiert unsere arbeitsmarktpolitische Sprecherin Ursula Nonnemacher mit Ihnen und Reiner Marzin, dem Personalleiter von Vestas, einem als Arbeitgeber des Jahres ausgezeichneten Unternehmen der Windenergiebranche aus Lauchhammer, Torsten Stehr von der IHK Potsdam und Doro Zinke, der Vorsitzenden des DGB Berlin-Brandenburg. Bleiben wir bei der Energiepolitik: Einem Politikfeld, wo seit geraumer Zeit Politiker aller Couleur versuchen die Energiewende, also eine ökologisch orientierte generationengerechte Politik als "unsozial" zu brandmarken. Da muss man gar nicht erst zu Brüderle und Rösler blicken. Vor einem Monat konnte ich als Teilnehmer am Brandenburg-Tag der Gewerkschaften in Schönefeld unserem Ministerpräsidenten lauschen, der die Zuversicht äußerte, dass ihm nach dem 15. Oktober, also dem Tag der Bekanntgabe der neuen EEG-Umlage um die Brandenburger Braunkohle nicht mehr bange sei, da Kohlepolitik spätestens ab dann weniger unter dem Gesichtspunkt des Klimawandels als unter dem Gesichtspunkt Versorgungssicherheit und stabiler Strompreise diskutiert werde.

Wir nehmen zur Kenntnis: In der Energiedebatte versucht die alte Industrielobby ökologischen Umbau und Sozialpolitik gegeneinander auszuspielen. Sie will den Ausbau der erneuerbaren Energien für den Kostenanstieg verantwortlich machen und verschweigt die zentralen Preistreiber - die explodierenden Gewinne die mit der Einführung des Emissionshandelssystems gemacht wurden, die Preissteigerungen aufgrund der spezifischen Wirkmechanismen der Leipziger Strombörse oder die ständig angehobenen Netzgebühren, denen bislang keine adäquate Investitionstätigkeit gegenüber steht. Und da habe ich von den verdoppelten bis vervierfachen Preisen für fossile Energieträger seit 2002 noch gar nicht gesprochen.

Ich denke, wir haben in Reaktion auf die Anhebung der EEG-Umlage bereits deutlich herausgearbeitet, dass neben vielen handwerklichen Fehlern insbesondere die von der schwarz-gelben Bundesregierung veranlasste ausufernde Befreiung von Industrieunternehmen von der EEG-Umlage (wie übrigens in Zukunft auch die Befreiung von Netzkosten) dazu führt, dass Verbraucherinnen gemeinsam mit kleinen und mittleren Unternehmen zukünftig die Energiewende alleine finanzieren sollen. Dies kann nicht sein.

Mehrkosten für einkommenschwache Familien müssen ausgeglichen werden, das ist unstrittig. Genauso muss aber sichergestellt werden, dass bei der Energiewende nicht einzelne Akteure Wettbewerbsvorteile einheimsen und Profite auf Kosten der Mehrheit der Bevölkerung einstreichen.

Unbestritten ist für uns, dass wir uns von den zunehmend knappen fossilen Energieträgern verabschieden müssen, wenn wir die Energiepreise langfristig stabilisieren wollen. Der Schlüssel für bezahlbare Strom- und Heizkosten liege im Ausbau der erneuerbaren Energien, in mehr Energieeffizienz und Energieeinsparung. Er liegt aber insbesondere im Wärmebereich. 90 Prozent der Energie im Haushalt geht für Heizung und Warmwasser drauf, nur 2 Prozent für Beleuchtung, 3 Prozent für Kühlschränke und rund 4 Prozent für Unterhaltungselektronik. Dabei liegen die Potentiale für eine nachhaltige Wärmeversorgung weniger im Umstieg auf Pellets und Solarthermie, sondern primär in der energetischen Gebäudesanierung. Hier besteht ein enormer Handlungsbedarf. Eine in dieser Woche von den Fraktionen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Berliner Abgeordnetenhausfraktion und im Brandenburger Landtag veröffentlichte Studie habe gezeigt, dass nur 0,7 Prozent der Wohnungen in Berlin und Brandenburg pro Jahr energetisch saniert werden. Diese Quote auf 3 Prozent zu erhöhen ist eine Kraftanstrengung sondergleichen. Aber wie ist das möglich ohne die Mietkosten explodieren zu lassen oder die Eigenheimbesitzer zu überfordern? Wie können die Kosten dafür sozial gerecht verteilt werden? Hierüber diskutiert heute Nachmittag unser energiepolitischer Sprecher Michael Jungclaus mit Ihnen und Stefan Scherz, Geschäftsführer der Kofler Energies Energieeffizienz GmbH, Pit Weber, Vorstand einer Mietergenossenschaft und Jörn-Michael Westphal von ProPotsdam GewoBa im Panel „Wohnen“.

Themen haben Konjunktur, vor gar nicht allzulanger Zeit wurde das Problem übergewichtiger Kinder in Politik und Medien rauf und runter dekliniert. Klar wurde, dass Fehlernährung auch sozialpolitisch Sprengstoff erhält, weil Kinder aus Familien in prekären Lebensverhältnissen häufig nicht an Unterernährung, sondern an einer Überversorgung mit ernährungsphysiologisch wertlosen Kalorien aus Hamburgern und Cola leiden. Aber hat sich das Thema mit dem Aufbranden einer Medienwelle erledigt?

Heute wird in Folge der Norovirus-Welle, der größten Lebensmittelvergiftung der letzten Jahrzehnte, breit über die Qualität des Schulessens diskutiert. In Brandenburg gehen täglich rund 250.000 Schülerinnen und Schüler in die Schule. Legen wir die deutschlandweiten Erhebungen zu Grunde dann kommen 20 Prozent also 50.000 mit leerem Magen, 40 Prozent also 100.000 Kinder und Jugendliche haben keine Pausenverpflegung dabei. Es sind vor allem Kinder aus armen Familien, die von Fehl- und Mangelernährung betroffen sind. Das bedeutet, dass diese Kinder deutlich schlechtere Chancen in der Schule haben. Wer unterzuckert und mit knurrendem Magen in der Klasse sitzt, ist wenig aufmerksam und konzentriert. Die gesunde und ausgewogene Ernährung unserer Kinder ist also einer von vielen Faktoren, die mit über den Bildungserfolg und damit auch über die soziale Durchlässigkeit unseres Bildungssystems entscheiden. Ein Bildungssystem, das nicht darauf achtet, dass alle Kinder vernünftig ernährt lernen können, sabotiert seine eigenen Erfolgsaussichten und benachteiligt Kinder aus armen Familien.

Was hinzu kommt: Ernährungsgewohnheiten werden geprägt im Kindesalter. Das Thema Schulverpflegung könnte als integrierter Bestandteil einer nachhaltigen Bildung dazu beitragen, umweltverträgliche Lebensstile zu ermöglichen. Ernährungsbildung als Voraussetzung für selbstbewusste Konsumententscheidungen in der Zukunft.

Aber kommen wir zu einem anderen Aspekt des Brechdurchfalls. Auslöser dafür waren tiefgekühlte Erdbeeren aus China. Und das mitten in der Erntezeit in Deutschland, da unsere Tische reich gedeckt sein sollten mit Obst und Gemüse, frisch geerntet und aus regionaler Herkunft. Aber wer bislang gedacht hatte, dass unsere Schulen von regionalen Caterern beliefert werden muss eines besseren belehrt werden. Der in 80 Ländern der Welt tätige Konzern Sodexo mit einem Jahresumsatz von 16 Milliarden Euro hat einen über 50 Prozent-Anteil an der deutschen Schulverpflegung. Der selbe Konzern übrigens, der auch die meisten Lebensmittelpakete für Flüchtlinge in unseren Asylbewerberunterkünften liefert bzw. das Gutscheinsystem organisiert. Dieser Vorfall macht erneut klar, wie weit unsere Agrar- und Esskultur bereits aus den Fugen geraten ist. Wir kaufen billiges Essen, aber in Wahrheit zahlen

wir dafür einen hohen Preis: Wir zahlen mit dem Verlust von Arbeitsplätzen und Dumpinglöhnen in unserer Landwirtschaft, Verlust von Bodenfruchtbarkeit und Biodiversität weltweit und erhalten dafür Lebensmittel, die ihren Namen oft nicht mehr verdienen. Das alles wird unterstützt durch eine völlig intransparente Subventionspraxis und eine gigantische Nahrungsmittelverschwendung, die die Grenzen des ethisch Vertretbaren längst überschritten hat. Selten zeigt sich der Zusammenhang zwischen sozialen, ökologischen und ökonomischen Aspekten so klar wie hier.

Das Thema Schulesse ist aber zu komplex für einfache Lösungen. Untersuchungen zeigen, dass die Bereitschaft mehr als 2 Euro für ein Mittagessen hinzublättern nicht nur bei einkommensschwachen Familien nicht sehr groß ist. Allerdings zeigt die sogenannte "Hamburger Studie" von Arens-Azevedo deutlich auf, dass für diesen Preis weder die Einhaltung von Qualitätsstandards der Deutschen Gesellschaft für Ernährung noch eine tarifliche Entlohnung des Personals möglich ist. Und da haben wir noch gar nicht von Bioessen auf dem Teller geredet.

Einfach nur ein kostenloses Schulesse für alle zu fordern, ist gewiss keine Lösung, sondern Populismus. Ein Schulesse für 2 Euro bleibt ein Schulesse für 2 Euro, egal wer zuletzt dafür bezahlt. Aber für 2 Euro ist eben kein Schulesse zu liefern, das unseren Ansprüchen gerecht wird: Gesundheit, Frische, Geschmack, regionale Herkunft sowie ökologische Erzeugung und Verarbeitung zu fairen Konditionen haben ihren Preis.

Dass hier was geschehen muss ist offenkundig, allein die Krankheitsfälle zu registrieren und das Abebben der Epidemie erleichtert zur Kenntnis zu nehmen, das reicht nicht aus. Hierüber, aber auch mit der These, Bio-Lebensmittel seien nur etwas für Besserverdiener wird sich das Panel Essen: Bio, lecker und erschwinglich auseinandersetzen.

Unter der Leitung unserer landwirtschaftspolitischen Sprecherin Sabine Niels diskutiert Rosa Wolff, Autorin des Buches „Arm aber Bio“, ohne Michael Wimmer von der FÖL, der aufgrund der Entbindung seiner Frau heute kurzfristig absagen musste, mit Ihnen. Falls es klappt, wird dieses Panel als Mumble ausgestaltet sein, das heißt, dass Interessierte die den

Weg nach Brandenburg an der Havel nicht geschafft haben, sich quasi „live“ dazuschalten und Fragen stellen können.

Bevor wir aber in die Panels einsteigen, komme ich zum Hauptbeitrag oder neumodisch der Key-Note zum Thema „Soziale Nachhaltigkeit“ und damit zum Key-Speaker des heutigen Tages, Prof. Dr. Michael Opielka, Professor an der Universität Jena und seit Neuestem Wissenschaftlicher Direktor und Geschäftsführer des IZT, des Instituts für Zukunftsstudien und Technologiebewertung in Berlin.

Michael Opielka (* 1956) ist ein deutscher Sozialwissenschaftler und Hochschullehrer mit den Arbeitsschwerpunkten Sozialökologie und Sozialpolitik. Er lehrt an der Ernst-Abbe-Fachhochschule Jena und leitet des Institut für Zukunftsstudien und Technologiebewertung in Berlin.

Leben

In den 1980er Jahren war Michael Opielka laut wikipedia ein sozialpolitischer Vordenker der Grünen, unter anderem von 1983 bis 1987 in der Funktion eines wissenschaftlichen Referenten der Bundestagsfraktion.

1996 promovierte er an der Humboldt-Universität zu Berlin in Soziologie und habilitierte sich im Jahr 2007 ebenfalls im Fach Soziologie an der Universität Hamburg.

Von 1997 bis 2000 war er Rektor der Alanus Hochschule für Kunst und Gesellschaft und war zudem an der Universität Bamberg am Staatsinstitut für Familienforschung tätig, sowie im Department of Sociology der University of California in Berkeley.

Seit dem Jahr 2000 ist er Professor für Sozialpolitik an der Fachhochschule Jena, sowie Geschäftsführer des Institut für Sozialökologie in Königswinter und Lehrbeauftragter an der Universität Bonn.

Seit August 2012 ist er zudem Leiter des Institut für Zukunftsstudien und Technologiebewertung (IZT) in Berlin.

Seine Forschungsschwerpunkte sind Sozialpolitik, Religions- und Wissenssoziologie, Familienforschung, Soziologische Theorie und Kulturtheorie. Mit zahlreichen Büchern und Aufsätzen trägt er zur Sozialreformdiskussion bei. Er vertritt die Forderung nach einem garantierten Grundeinkommen.

Auch wenn die bei uns Grünen mit Verve geführte Diskussion um das „Garantierte Grundeinkommen“ heute nicht den Schwerpunkt dieser Tagung bildet, gehe ich davon aus, dass der Beitrag zur „Sozialen Nachhaltigkeit“ viele pointierte Aussagen enthalten wird, die nicht zwangsläufig ohne Widerspruch bleiben werden und uns allen Anlass zum Nachdenken geben.